

# CO<sub>2</sub>-Speicher in der Altmark? Regierung lässt Haltung offen

Nach der Verabschiedung des Kohlendioxid-Speicher-Gesetzes im Bundestag ist offen, ob Sachsen-Anhalt dem umstrittenen Gesetz im Bundesrat zustimmt. Die CDU/SPD-Regierung kündigte eine Prüfung an. Die Oppositionsfraktionen Linke und Grüne kritisieren das als Hinhalten. Die Altmark-Bürgerinitiative gegen die CO<sub>2</sub>-Speicherung fordert Klarheit.

Von Winfried Borchert



**Berlin/Magdeburg.** Wirtschaftsministerin Birgitta Wolff (CDU) sagte, der am Donnerstagabend gefasste Bundestagsbeschluss müsse zunächst „umfassend“ geprüft werden. „So wird sich bis zur im September geplanten Bundesratsbefassung

entscheiden, ob Sachsen-Anhalt Änderungsbedarf am Gesetz hat und wie mit der sogenannten Länderklausel verfahren wird.“

Der Bundestag hatte am Donnerstagabend mit den Stimmen von Union und FDP das sogenannte CCS-Gesetz beschlossen

(CCS – Carbon Capture and Storage, deutsch Kohlendioxid-Abspaltung und -Speicherung). Dies könnte für Kohlekraftwerke lukrativ werden. Eine Klausel sieht vor, dass Bundesländer die Speicherung in bestimmten Regionen untersagen können. Juristen halten dies für anfechtbar.

In Salzwedel-Maxdorf in der Altmark wartet seit zwei Jahren die Pumpanlage eines Energiekonzerns auf die CO<sub>2</sub>-Verpressung in ausgebeutete Erdgaskavernen tief unter der Erde. Die Region ist gegen das Endlager.

Eine Bürgerinitiative mit mehreren hundert Mitgliedern verlangt von der Politik ein Bekenntnis gegen die Speicherpläne. BI-Sprecher Lothar Lehmann: „Seit Monaten warten wir vergebens auf eine klare Antwort der

Regierung zur Frage, was mit den Erdgaslagern geschehen soll.“

Auch die Opposition, die die CO<sub>2</sub>-Speicherung aus wirtschaftlichen und ökologischen Gründen strikt ablehnt, verstärkt den Druck. Dorothea Frederking (Grüne) warf der Regierung „widersprüchliches Agieren“ vor und verlangte schriftlich Auskunft zum Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat. Frank Thiel (Linke) sprach von einem „seltsamen Eiertanz“ der Regierung; „es fehlt Klartext“.

Selbst in den Regierungsfraktionen herrscht die Skepsis. Die Wirtschaftspolitiker Tilman Tögel (SPD) und Uwe Harms (CDU) setzen darauf, dass das Land die Sperrklausel gegen ein Endlager nutzt. Harms sieht schwere Sicherheitsrisiken. **Meinung I**